

PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 25. SEPTEMBER 2018



Antrag **BUS UND BAHN SOLLEN FÜR ARBEITNEHMER ATTRAKTIVER WERDEN**

Öffentliche Verkehrsmittel sollen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiver werden. Das hat die Bürgerschaft heute auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen. Ziel ist es, dass Gewerbegebiete besser an das ÖPNV-Netz angebunden werden. Auch sollen Wege geprüft werden, wie mehr Menschen von den Vergünstigungen des Jobtickets profitieren können.

„Die BSAG hat bereits jetzt mit dem Jobticket ein attraktives Angebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, betonte die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Sprehe, heute in ihrer Rede in der Stadtbürgerschaft. Dennoch gebe es Verbesserungspotenzial in diesem Bereich. Die Bürgerschaft hat heute einen von der SPD initiierten Antrag beschlossen, der an unterschiedlichen Punkten ansetzt, um die Attraktivität öffentlicher Verkehrsmittel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu steigern. So soll der Senat einen Bericht vorlegen, wie und in welchem Umfang Gewerbegebiete wie das Güterverkehrszentrum, der Gewerbepark Hansalinie, der Industriepark oder auch das Bremer Kreuz besser an das Liniennetz angebunden werden können – und welche Kosten damit verbunden wären.

„Gewerbegebiete wie das GVZ oder an der Hansalinie sind bereits an den Nahverkehr angeschlossen“, sagte Sprehe. „Aber

auch diese Gebiete benötigen eine noch bessere Anbindung. Für viele Berufstätige bleibt aufgrund der Fahrzeiten aktuell nur das Auto. Deswegen müssen wir prüfen, wie der in einigen Betrieben notwendige Dreischichtbetrieb an sieben Tagen in der Woche besser berücksichtigt werden kann. Hier braucht es eine sinnvolle Planung. Lediglich mehr Busse einzusetzen, die die Gewerbegebiete aber nicht voll erschließen und den rechtzeitigen Schichtbeginn nicht ermöglichen, erfüllen den Zweck nicht und sind überflüssig.“

Der Antrag fordert den Senat zudem dazu auf, mit der BSAG Gespräche darüber zu führen, wie mehr Menschen in den Genuss eines – gegenüber einer regulären Jahreskarte

günstigeren – Jobtickets kommen können. „Dies wäre etwa über eine Senkung der Mindestteilnehmerzahl möglich“, erklärte Sprehe, „und denkbar ist auch, dass die Arbeitgeberkooperation über Kammern oder Gewerkschaften ermöglicht wird.“

Darüber, so die Sozialdemokratin, müssten nun Gespräche geführt werden, und die Ergebnisse dieser Gespräche sollen dann in der Verkehrsdeputation weiterberaten werden. „Ein Schnellschuss hilft uns hier nicht weiter“, sagte Sprehe abschließend. „Unser Ziel ist es, ein ausgereiftes, attraktives Angebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu machen – ein Angebot, das sie davon überzeugt, auf den klimafreundlicheren ÖPNV umzusteigen.“

> Antrag: Job-Ticket ausweiten – Gewerbegebiete besser anbinden
<http://tiny.cc/JOBTICKET>



Heike Sprehe

Antrag **BAUMSCHUTZ IN BREMEN STÄRKEN** – LEBENSQUALITÄT STEIGERN

„Laut Handelsblatt ist Bremen unter den zehn grünsten Großstädten Deutschlands auf Platz 9“, erklärte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jens Crueger, heute in der Stadtbürgerschaft. „Wir liegen damit immerhin vor Hamburg, das auf Platz 10 kommt, aber noch deutlich hinter Hannover auf Platz 1. Als einer der größten Industriestandorte in Deutschland ist das für uns bereits eine tolle Leistung, aber wir können da immer noch besser werden“, so Crueger.

„Bäume tragen in Großstädten viel zur Wohn- und Lebensqualität bei: sie säubern die Luft und stellen einen Lebensraum für Tiere und Insekten dar“, erklärte der Umweltpolitiker. Vor diesem Hintergrund sei es absolut wünschenswert, Bremen grüner zu machen. Allerdings ginge mehr Grün in der Stadt auch immer mit einem erhöhten Pflegeaufwand beim Umweltbetrieb Bremen (UBB) einher. „Wer also mehr Grün in der Stadt



Jens Crueger

möchte, der sollte dem – auch mit Blick auf den UBB – bei den nächsten Haushaltsberatungen angemessen Rechnung tragen“, so Crueger.

Immerhin bestehe hier auch eine Ver-



pflicht, betonte Crueger und ergänzte, „In den vergangenen Jahren ist es durch Stürme immer wieder zu Schäden durch umstürzende Bäume und herabfallende Äste gekommen, die auch den Bahnverkehr im Dreieck Bremen-Hamburg-Hannover beeinträchtigt haben.“ Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen sei es zu begrüßen, dass auch die Bahn dem Thema Baumpflege mittlerweile einen hohen Stellenwert beimesse. Die Sicherheit der Menschen und des Bahnverkehrs blieben zentrale Anliegen, so Crueger.

Daher sei auch ein verantwortungsbewusster Umgang mit den städtischen Bäumen erforderlich. Crueger abschließend: „Sie helfen dem Stadtklima und der Artenvielfalt, spenden Schatten und verleihen der Stadt Charme. In diesem Sinne freuen wir uns, dem Senat als Aufgabe zu geben, politische Leitlinien für mehr Baumschutz zu entwickeln.“

> Antrag: Grün erhalten – Baumschutz stärken!

<http://tiny.cc/baumschutz>

Antrag **MEHR VERKEHRSSICHERHEIT DURCH SICHERES PARKEN**

Die Verkehrssicherheit soll insbesondere in Stadtteilen mit hohem Parkdruck verbessert werden. Die Bürgerschaft hat heute einen entsprechenden Antrag der rot-grünen Koalition beschlossen. Demnach sollen zum Beispiel vor Schulen und Kindergärten temporäre Halteverbote zum Schulstart und Schulende eingeführt werden. In Absprache mit den zuständigen Beiräten sollen parkende Fahrzeuge zudem mehr kontrolliert werden.

„Die Verkehrssicherheit insbesondere an Kreuzungen und auf Gehwegen ist von großer Bedeutung“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Sprehe heute in der Stadtbürgerschaft. Doch sei diese Verkehrssicherheit – insbesondere in den innenstadtnahen Stadtteilen – nicht immer gewährleistet. Zu häufig komme es vor, dass Autos

Kreuzungsbereiche zuparken oder auf dem Gehweg aufgrund abgestellter Autos kaum ein Durchkommen sei. Eine Situation, die mitunter noch durch abgestellte Fahrräder verschärft werde, die zusätzlich den Platz für Fußgänger verengten.

„Kein Autofahrer hat das Recht auf einen öffentlichen Parkplatz“, betonte Sprehe, „und ebenso wenig haben Radfahrer das Recht, ihr Fahrrad dort abzustellen, wo es den Verkehr behindert oder sogar gefährdet.“ Generell müsse man versuchen, dafür Lösungen zu suchen, Möglichkeiten für die Anwohner zu schaffen, ihr Auto abzustellen. Auch müsse man versuchen, den öffentlichen Nahverkehr und das Carsharingangebot noch attraktiver zu gestalten, damit mehr Menschen bereit seien, ganz auf ein Auto zu verzichten.

„Die Situation kann aber auch durch Kontrollen verbessert werden“, sagte Sprehe und betonte: „Uns als SPD-Fraktion ist dabei aber wichtig, dass dies nur in Abstimmung mit den Beiräten geschieht und nur in Absprache mit ihnen Kontrollschwerpunkte festgelegt werden. Denn die Beiräte kennen ihren Stadtteil am besten. Also sollten sie auch entscheiden, welche Maßnahmen wo nötig und sinnvoll sind. Denn eines müssen wir auch vermeiden: Dass Kontrollen zu einem Verdrängungswettbewerb in andere Straßen oder Stadtteile führen – und das Problem am Ende nicht gelöst, sondern nur verlagert wird.“

> Antrag: Verkehrssicherheit durch sicheres Parken erhöhen, Stadtteile von Parkdruck entlasten!

<http://tiny.cc/verkehrssicherheit>